Märkte neu ordnen

Grüne: Podium zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Ein von den Grünen veranstaltetes und hochkarätig besetztes Podium zur Finanz- und Wirtschaftskrise lockte viele Besucher in den Spitalhof.

Reutlingen "Ökonomen sprechen von der schwersten Finanzkrise seit der großen Depression von 1929", führte Beate Müller-Gemmeke in das Thema ein. Sie forderte eine nach vorne gerichtete Diskussion mit der Fragestellung: "Brauchen wir nicht einen neuen Gesellschaftsvertrag und kann die Krise nicht dafür auch eine Chance sein?"

Zu den Ursachen der Finanzkrise hoben die Podiumsteilnehmer unterschiedliche Aspekte hervor. Reutlingens VHS-Leiter Dr. Ulrich Bausch bemängelte, dass die Erkenntnisse einer empirischen und historischen Wirtschaftsanalyse missachtet und dadurch gravierende Fehler gemacht wurden. Dr. Peter Merk, Chefvolkswirt der Landesbank Baden-Württemberg, bezeichnete fehlendes Eigenkapital der Banken und falsche Regulierung als Ursache der Krise.

Selbstkritisch stellte der finanzpolitische Sprecher der Grünen- Bundestagsfraktion, Dr. Gerhard Schick, der Politik ein schlechtes Zeugnis aus. Diese habe die Intransparenz der Finanzmärkte zugelassen und durch "neoliberalen Zeitgeist" sogar noch gefördert. Einigkeit bestand dagegen darin, dass die Banken gerettet werden müssen. "Wenn die Banken nicht funktionieren, dann funktioniert gar nichts mehr", sagte Merk. Unstrittig war auch, dass die Lasten nicht in erster Linie von der Allgemeinheit zu tragen sind, sondern von denen, die von der bisherigen Fehlsteuerung profitiert haben.

Spannend wurde die Diskussion, als Moderator Matthias Stelzer nach möglichen Lösungen fragte. Schick bemängelte das unentschlossene Handeln der Regierung im Herbst, da Konjunkturpolitik Zeit brauche, um zu wirken. Große Chancen sieht er in einer nachhaltigen Neuordnung der Finanzmärkte und in einem "Grünen New Deal": Gezielt in energieeffiziente Techniken zu investieren verhindere, dass mit der absehbaren Ölpreissteigerung "der nächste Schlag" komme. Die Abwrackprämie sei der völlig falsche Weg. Ebenso müsse die soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen, die Armen in der Gesellschaft müssten gezielt gestärkt werden.

Dr. Joachim Eisert, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, befürwortete Investitionen in die Energieeffizienz, um das Handwerk zu stärken. Zur Finanzierung sollte die Politik über eine Börsenspekulationssteuer nachdenken und die Binnennachfrage stärken. Bausch befürwortete Soforthilfen, betonte jedoch, dass ein kurzfristig orientiertes "Herumschieben von Milliarden durch die Politik nicht legitimiert" sei. Er forderte auch, in die Bildung zu investieren.